

## Atompolitik

# Die Bundesregierung zweifelt am Atomwaffenverbotsvertrag

Die Bundesregierung hält den Vertrag über das Verbot von Nuklearwaffen für nicht geeignet, „das von ihr angestrebte Ziel einer nuklearwaffenfreien Welt tatsächlich und in nachprüfbarer Weise zu erreichen“. Keiner der Nuklearwaffenstaaten, auf deren Mitwirkung es bei einer an echtem Fortschritt orientierten nuklearen Abrüstung in erster Linie ankomme, habe sich an den Verhandlungen beteiligt, schreibt die Bundesregierung in der Antwort (19/1779) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke. Der Vertrag drohe zudem dem Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV) und den mit ihm verbundenen Kontrollregime zur Verhinderung nuklearer Proliferation nachhaltigen Schaden zuzufügen, sowie das globale Nonproliferations- und Abrüstungsregime zu gefährden. „Die Besorgnis der Bundesregierung gilt insbesondere der wichtigen Frage der Verifikation der Umsetzung eines sogenannten Atomwaffenverbots, deren Regelung im Verbotungsvertrag aus ihrer Sicht hinter die geltenden Verifikationsstandards der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) und der NVV-Vertragsstaaten zurückfällt.“ Nukleare Abrüstung und das Ziel einer Welt ohne Nuklearwaffen könnten und dürften zudem nicht losgelöst von der sicherheitspolitischen Realität sowie den bündnispolitischen Verpflichtungen Deutschlands im Rahmen der Nato, zu denen sie uneingeschränkt stehe, betrachtet werden, meint die Bundesregierung.

Bundestagsdrucksache 19/1779 v. 20.04.2018,  
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/017/1901779.pdf> ●

## Atommüll

# Loccumer Protokoll

Vom 1. Bis 3. Juni 2018 kamen, wie das in der evangelischen Akademie Loccum gewollt ist, rund 70 Menschen zusammen, aus Behörden, aus Beratungsbüros, ehemalige Mitglieder der Endlagerkommission, Wissenschaftler\*innen und Vertreter\*innen der „Zivilgesellschaft“, wie die Aktivist\*innen aus Anti-Atom-Initiativen und Umweltverbänden heute heißen. Ihr Thema: „Atom-müll-Lager: Die große Suche... Endlagersuche, Zwischenlagerung und Öffentlichkeitsbeteiligung“.

Los geht die Endlagersuche mit dem Sammeln von Daten, wie es das Standortauswahlgesetz (StandAG) vorgibt: Zuerst werden Ausschlussgebiete identifiziert, dann die Mindestanforderungen an ein tiefeingeologisches Endlager formuliert, bis es dann in etwa zwei Jahren wirklich wieder spannende wird, weil dann mögliche Standortregionen für eine übertägige Untersuchung ausgewiesen werden. Soll und kann man bis dahin also die Beine hochlegen? Oder beginnt „Transparenz“ schon „ab sofort“?

Bisher haben auf Bitten der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) 65 Behörden 600.000 Datensätze geliefert, auf den ersten Blick scheint das immens. Die meisten Daten sind Bohrungen und die Wissenslücken sind weiterhin riesengroß, weil die Daten von Firmen, die nach Gas oder Erdöl gebohrt haben, bisher nicht erfasst werden konnten. Dazu braucht es ein „Geowissenschaftsdatengesetz“, das in der letzten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages zwar vorbereitet wurde, doch bisher ist die Verabschiedung eines derartigen Gesetzes nicht in Sicht und das hat natürlich zur Folge, dass nie-

mand mehr davon ausgeht, dass tatsächlich 2020 prospektive Endlagerregionen ausgewiesen werden.

Zwei wichtige Gründe gibt es aus Sicht der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI), sich sofort um diese Vorgänge zu kümmern und sich einzumischen.

Der eine Grund liegt darin begründet, dass das StandAG in der Phase der Sammlung von Geo-Daten keine Mitwirkung der Zivilgesellschaft vorsieht, allein geologische Landesämter, die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe und zur Not noch wissenschaftliche Einrichtungen sind befugt, ihr Wissen zusammenzutragen. Bei dem Versuch, auf Tiefbohrungen im Raum Gorleben zu verweisen, die aus der Zeit des Kalifiebers stammen, biss die BI bisher auf Granit oder, wie im Fall Gorleben, auf Salz. Denn dort wurden während der Zeit des Kalifiebers vor rund 100 Jahren acht Tiefbohrungen niedergebracht und davon drei nicht oder unsachgemäß verschlossen. Das Kartenmaterial liegt vor. 150 (!) hydrogeologische Bohrungen durchlöcheren das Deckgebirge in den 1960er Jahren, als nach Süßwasserreservoir für den Raum Hamburg gesucht wurde, einige Bohrungen gingen bis zu 600 Meter tief, hinein in den Salzstock. Auf der anderen Elbseite wurde zu DDR-Zeiten nach Gas gesucht, die Tiefbohrungen reichten in den Salzstock Gorleben-Rambow hinein. Der Salzstock ist also verritzt.

Der zweite Aspekt bezieht sich auf die Behauptung, dass das StandAG endlich ein faires, wissenschaftsbasiertes Suchverfahren ermögliche. Verschwiegen wird dabei, dass die Mindestanforderungen und Ausschlusskriterien politisch ausgehandelt wurden, sie sind vornehmlich ein politischer Kompromiss, der darauf zielte, Gorleben im Spiel zu halten. Denn ein wasserdurch-

lässiges Deckgebirge ist demnach kein Ausschlusskriterium, und von glazialen Ereignissen, von denen künftig weite Teile Norddeutschland betroffen sein werden, liest man nur am Rande.

Immerhin fanden auf Drängen der BI am Ende der Tagung drei Männer zueinander: Stefan Birkner (FDP), Stefan Wenzel (Grüne) und Frank Doods (SPD). Alle drei sind oder waren niedersächsische Umweltschaftssekretäre bzw. -minister und sie versprachen, sich bei einem Voelkel-Bio-Zisch zusammenzusetzen und auszuloten, wie eine aktive niedersächsische Rolle bei der Endlagersuche aussehen kann.

Wolfgang Ehmke ●

## Atom-müll

# ASKETA-Gemeinden auf dem Holzweg

Bürgermeister der Gemeinden, an denen Atomkraftwerke und andere kerntechnische Anlagen betrieben wurden und noch werden, möchten bei der Endlagersuche mitreden. An vielen dieser Standorte wurden Zwischenlager errichtet, die vermutlich weitaus länger als gedacht betrieben werden müssen, weil niemand damit rechnet, dass 2050 ein Endlager für wärmeentwickelnde Atomabfälle betriebsbereit ist. Die Bürgermeister fühlen sich zudem schlecht informiert und streben deshalb einen Platz im Nationalen Begleitgremium (NBG) an.

„Dann sollten sie auch die Chance nutzen, wie es die Anti-Atomkraft-Initiativen und Umweltverbände tun, und die Tagungen des NBG besuchen“, meint man in der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI). Dieses Gremium sei das Bindeglied zwischen der interessierten Öffentlichkeit, Behörden

und dem Bundestag und bietet regelmäßig Workshops an.

Mit der Forderung, einen Platz im NBG zu ergattern, seien die Asketa-Gemeinden allerdings auf dem „Holzweg“ und müssten das auch wissen, meint BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. Das NBG sei keine Versammlung von Stakeholdern, also Interessenvertreter\*innen. „Wir vermissen klare Forderungen der Standortgemeinden zur Sicherheit und Sicherung der bestehenden Zwischenlager“, so Ehmke.

Tatsächlich soll das Nationale Begleitgremium dem Publikum ein Atomares Endlager schmackhaft machen.

ASKETA – so heißt die Diskussionsplattform zwischen Bürgermeistern der Kommunen mit kerntechnischen Anlagen.

[www.asketa.de](http://www.asketa.de)

## Atom Müll

# Die Atomenergiekontroverse braucht kritischen Sachverstand

**Sommerakademie „Atomares Erbe – Herausforderungen für die nächste Generation“ vom 7. bis 11. August 2018 in Karlsruhe.**

Welches atomare Erbe hinterlassen wir künftigen Generationen? Dieser Frage soll eine interdisziplinäre Gruppe junger WissenschaftlerInnen und Studierender bei der Sommerakademie nachgehen.

Ausgewiesene ExpertInnen geben eine Einführung in die Probleme bei Umgang und Lagerung radioaktiver Abfälle und zeigen berufliche Perspektiven auf. Gemeinsam mit den TeilnehmerInnen erarbeiten sie die folgenden Themen:

- Geschichte des atomaren Zeitalters und aktuelle Herausforderungen
- Strahlung und Strahlenwirkung
- Rückbau von Atomkraftwerken und der anfallende Atom Müll
- Derzeit diskutierte Entsorgungsoptionen
- Zwischenlagerung hochradioaktiver Abfälle
- Ökonomische Aspekte des Atom Müllproblems
- Die Rolle der EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

Was gibt es noch?

- Exkursion zu den Atomanlagen der Kerntechnischen Entsorgung (KTE) am Standort Karlsruhe
- Filmabend

Die Sommerakademie richtet sich an Studierende und junge Akademikerinnen und Akademiker aller Fachrichtungen. Die Zahl der Teilnehmenden ist begrenzt. Bewerbung können bis 15. Juli 2018 eingereicht werden. Für die Teilnahme an der Sommerakademie kann 1 ETCS-Punkt vergeben werden.

Alle weiteren Informationen unter <https://www.atommuellreport.de/projekte-termine/sommerakademie.html>

Die Sommerakademie wird veranstaltet vom Trägerkreis des Projekts „Atom Müllreport“ (Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V., BI Lüchow-Dannenberg e.V., Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, BUND NRW e.V., Gesellschaft für Strahlenschutz e.V., IPPNW Germany, ROBIN WOOD e.V., Strahlentelex, „ausgestrahlt, Umweltinstitut München) in Kooperation mit der Hochschule Ruhr-West.

Projektleitung Atom Müllreport: Ursula Schönberger, Tel.: 05341 / 790 58 32, [schoenberger@atommuellreport.de](mailto:schoenberger@atommuellreport.de), [www.atommuellreport.de](http://www.atommuellreport.de)

## Atom Müll

# Geodaten zur Endlagersuche

## Datenfülle ohne wirkliche Aussagekraft

Für die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) scheint die erste Phase der Endlagersuche gut voranzugehen. Thomas Lautsch, technischer Geschäftsführer der BGE, präsentierte auf einer Tagung des Nationalen Begleitgremiums (NBG), die am 18. Juni 2018 mehr als 120 Teilnehmer\*innen ins Kongresszentrum Hannover lockte, eine imponierende Datenfülle: 500.000 Hinweise auf Vulkanismus, Seismik, ehemaligen Bergbau und Bohrungen etc. würden derzeit gesichtet.

Zuvor hatte die Bundesregierung mit Datum vom 24. Mai 2018 (Bundestagsdrucksache 19/2314) als Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mitgeteilt, alle 16 Bundesländer sowie die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) hätten ihre geologischen Daten für die Endlagersuche für hochradioaktiven Atom Müll im Rahmen des Standortauswahlgesetzes zur Verfügung gestellt. Ob die Daten vollständig sind, sei nicht bekannt. Die Daten würden derzeit noch von der Bundesgesellschaft für Endlagerung mbh (BGE) überprüft.

Über die Nutzung von Daten privater Dritter, die in den Geodaten der Länder enthalten sind, könne derzeit zudem keine Auskunft gegeben werden, erklärte die Bundesregierung weiter. Zum einen hätten nicht alle Behörden die Daten gekennzeichnet, an denen Rechte Dritter bestehen, zum anderen sei unklar, welche Restriktionen bei der Nutzung der übermittelten Daten vorliegen.

Der Optimismus der BGE trägt, merkt dazu die Bürger-

initiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) an. Zum einen gebe es immer noch kein Geowissenschaftsdatengesetz, das ermöglichen soll, dass Daten von Privatfirmen, die sie bei der Suche nach Bodenschätzen gesammelt haben, ausgewertet werden können. Gravierend sei aber auch der Umstand, dass viele Datenblätter nicht digitalisiert sind und die Landesämter bisweilen nur angeboten haben, dass BGE-Mitarbeiter\*innen diese in ihren Dienststellen auswerten könnten.

Dr. Roland Eichhorn, Vorsitzender des Direktorenkreises der Staatlichen Geologischen Dienste Deutschlands und Sprecher aller Landesämter, die fast vollständig auf der Tagung des Nationalen Begleitgremiums vertreten waren, relativierte in seinem Vortrag die Aussagekraft der vielen Daten, berichtet Wolfgang Ehmke, Sprecher der BI. Es gebe laut Eichhorn ein klares „Tiefendefizit“ und ein „Clusterphänomen“. Daten aus einer Tiefe von über 300 Metern seien rar und sie seien hinsichtlich ihrer Qualität auch nur teilweise bei der Endlagersuche hilfreich, weil der Fokus auf die Gewinnung von Bodenschätzen gerichtet war. Es gebe zudem Regionen, die gut erforscht sind („Cluster“), weil dort Bodenschätze vermutet oder abgebaut wurden und es gibt Regionen, die tatsächlich als weiße Landkarte beschrieben werden könnten, weil sie nicht erkundet seien.

Ob die BGE unter diesen Umständen in der ersten Phase, also beim Ausschluss von Regionen, bei der Betrachtung von Mindestanforderungen und der Abwägung der Kriterien bis zum Jahr 2020 „liefern“ könne, ist mehr als zweifelhaft, meint Ehmke. Unklar sei geblieben, wie mit den „weisen Flecken“ umgegangen wird.

Aus Sicht der Gorleben-Gener\*innen besonders spannend sei der Vortrag des Geophysikers Professor Christian Hüb-